

Neue Initiative angekündigt

KLOTEN Das Stadtparlament von Kloten hat am Dienstagabend nichts von günstigem Wohnraum auf Geheiss des Stadtrates wissen wollen. Eine Einzelinitiative wurde nicht einmal zur Abklärung vorläufig überwiesen. Man wolle den «Sozialhilfetourismus nicht fördern», hiess es seitens SVP/EDU-Fraktion. Nur die Linke aus SP und Grünen sowie ein EVP-Vertreter hatten sich für einen Mindestanteil an günstigem Wohnraum eingesetzt. Nun sollen Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt werden, damit das Anliegen in Kloten an die Urne kommt. *cwü*

Zu wenig günstiger Wohnraum in Kloten – aber Parlament will keinen Mindestanteil

KLOTEN Die Mehrheit der Klotener Politiker stimmt sich gegen eine Regelung für einen Mindestanteil an günstigem Wohnraum. Eine Einzelinitiative wurde am Dienstagabend im Stadtparlament von der Mitte-rechts-Mehrheit abgeblockt. Doch das Anliegen hat dennoch Chancen auf Erfolg.

Es ist lange nicht mehr vorgekommen, dass ein Privater die Klotener Politik und somit auch das Stadtparlament mit einer Einzelinitiative herausgefordert hat. Am Dienstagabend mussten die Volksvertreter aus der Flughafenstadt nun entscheiden, ob sie dem Anliegen von Marcel Schmid eine Chance geben wollten, damit die Sache weiter abgeklärt werden kann. Schmid hatte von der Stadtregierung die «Festlegung eines Mindestanteils für preisgünstigen Wohnraum» gefordert.

Bislang war der Klotener Stimmbürger politisch nicht in Erscheinung getreten. Ganz oben auf der Tribüne im Schluefwegsaal verfolgte er gespannt die Behandlung seiner Idee durch das Parlament. Was er dort zu hören bekam, war die Ablehnung seitens der SVP und die Anerkennung von links-grüner Seite.

Am Ende musste der Initiant – selber ein Mieter – erkennen, dass im Stadtparlament bei weitem nicht genügend Stimmen zu holen sind. Dabei hätte lediglich ein Drittel des Rates (11 von 32 Gemeinderäten) für die vorläufige Unterstützung stimmen müssen, und die Initiative wäre dem Stadtrat zur weiteren Abklärung überwiesen worden, bevor sich der Rat später nochmals mit einer konkreten Regelung für günstigen Wohnraum hätte befassen sollen.

Fast der ganze bürgerliche Block stimmte Nein

Weil nebst der SVP/EDU-Fraktion auch die Freisinnigen und selbst die CVP sowie die Grünliberalen Schmid's Einzelinitiative ihre Unterstützung versagten, blieben nur 8 Stimmen von SP, Grünen und EVP.

Rachel Grütter, Fraktionschefin der SVP/EDU, argumentierte mit dem drohenden Zuzug von

Unterstützungsbedürftigen nach Kloten, falls die Stadt eine Mindestquote bei den günstigen Wohnungen festlegen sollte: «Wir wollen nicht einen Sozialhilfetourismus fördern.» Ausserdem habe sie schon von Hausbesitzern gehört, dass diese ihre vorgegebenen Wohnungen dereinst einfach leer lassen würden, falls ein solcher Zwang seitens Stadt eingeführt werden sollte. «Das kann es ja auch nicht sein», warnte Grütter die Ratskollegen. Gescheiter findet sie, wenn man günstige Wohnungen via Genossenschaften anbiete, aber ohne einen Mindestanteil dafür zu bestimmen.

60 Prozent der Klotener sagten bereits einmal Ja

«Wir sind klar dafür», verkündete der Grünen-Fraktionssprecher dennoch. Im gleichen Atemzug schob er noch nach: «Auf diese Idee hätten auch wir kommen können.» Da es seiner Partei aber um die Sache ging und nicht um den politischen Absender, hatten die Grünen das Anliegen sowieso unterstützt. Denn die Mehrheit der Klotener Bevölkerung könne sich die vielen neuen und entsprechend teuren Wohnungen nicht mehr leisten. «Viele sind gezwungen, anderswo eine Wohnung zu suchen und wegzuziehen», kritisierte Schindler die Entwicklung auf dem Mietwohnungsmarkt. Die Schwächsten würden somit einfach verdrängt, was einzelne Politiker wohl als einfachsten Weg sehen, um gleichzeitig auch so manches andere Problem aus der Stadt zu verbannen.

Maja Hildebrand (SP) erinnerte an die kantonale Volksabstimmung vom letzten September: «Die Klotener haben sich mit 60 Prozent Ja-Stimmen für die Schaffung der Möglichkeit eines



Das Bauprojekt an der Weinbergstrasse wurde im Parlament als prädestiniertes Beispiel dafür genannt, wie der Stadtrat mit einer entsprechenden Regelung einen Mindestanteil günstiger Wohnungen hätte verlangen können. Hier werden anstelle der 40 alten bald 75 neue Wohnungen gebaut. cwü

solchen Mindestanteils ausgesprochen.» Günstiger Wohnraum sei ein grosses Anliegen der einheimischen Bevölkerung, ist sich die SP sicher. Auch Initiant Marcel Schmid ist inzwischen der SP beigetreten, verrät er nach der Sitzung draussen im Foyer, wo er ernüchtert auf die Gemeinderäte wartete. Dennoch besteht Hoffnung für sein Anliegen. So kündigte die SP nämlich bereits eine Volksinitiative unter Mithilfe der Klotener Grünen an. Zunächst muss die Linke allerdings 300 Unterschriften sammeln. Dann hätte die Klotener Stimmbewölkerung das letzte Wort, und die Chancen dürften gut stehen, dass das Resultat anders ausfallen würde. Christian Wüthrich

DIE WEITEREN GESCHÄFTE

Keine Diskussion gab es im Parlament am Dienstagabend um den **Gestaltungsplan «Weinbergstrassen»**. Dieser sieht eine bauliche Verdichtung mit 75 neuen Wohnungen am Klotener Südhang vor und wurde gegen nur eine Stimme (Reto Schindler, Grüne) genehmigt. Mehr zu reden gaben vor allem die Änderungsanträge zu den **«Strategischen Leitlinien»** von Kloten. Während der Stadtpräsident auf die breite Abstützung der Leitsätze durch die Bevölkerung hinwies und zusammen mit einzelnen Votanten aus dem Gemeinderat am liebsten

gar nicht eingegriffen hätte, forderte die SVP fünf Änderungen, die CVP eine. «Wir fördern den sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen», heisst es nun, **ohne den Zusatz «als Energiestadt»**. Dieser wurde von der Allianz aus SVP/EDU und FDP gestrichen. Ebenso wurde von derselben Allianz aus den Zielen der Stadt gekippt, dass man sich «in Richtung einer 2000-Watt-Gesellschaft» bewegen wolle. Überdies wollen die Bürgerlichen weiterhin einen tieferen Steuerfuss, wie einige Vergleichsstädte als fixes Ziel formuliert haben,

und diesen nicht wie die CVP auf die langfristig geplanten Investitionen ausrichten. Das Freizeitangebot soll hingegen «vielfältig» bleiben – auch in den Quartieren. Hier fand sich keine Mehrheit für eine Streichung. Ausserdem wurde eine Interpellation von Silvan Eberhard überwiesen. Er verlangt mehr **Effizienz in der Verwaltung** und stellt dazu eine ganze Reihe von Fragen, die der Stadtrat ernst nehmen und schriftlich beantworten will. **Für Brigitt Koller** (SVP), die nach acht Jahren zurücktritt, wird **neu Oliver Streuli** nachrücken. cwü